

## Beschluss zu Antrag A 01

**Für die Fortsetzung des Beschäftigungssicherungstarifvertrages bei der LVV**

Der Stadtparteitag der SPD Leipzig möge beschließen und an die Stadtratsfraktion der SPD Leipzig weiterleiten:

Wir fordern die Stadtratsfraktion und alle sozialdemokratischen Verantwortlichen in den Gremien auf, sich im Rahmen notwendiger Umstrukturierungen in den LVV-Gesellschaften und den weiteren Beteiligungsunternehmen gegen betriebsbedingte Kündigungen und für die Einbeziehung der Arbeitnehmervertretungen einzusetzen.

## Beschluss zu Antrag A 02

### Arbeitsbedingungen der Honorarkräfte an der Volkshochschule verbessern

Die SPD Leipzig ruft den Oberbürgermeister und die SPD Stadtratsfraktion auf, darauf hinzuwirken,

die Honorarsätze der freien Dozentinnen und Dozenten an der Leipziger Volkshochschule zu erhöhen und entsprechend der notwendigen Qualifikation zu vereinheitlichen. Dabei sind die Dozenteninitiative der Volkshochschule Leipzig, sowie die bereits engagierten Gewerkschaften ver.di und GEW einzubeziehen.

Bei der Ermittlung der Höhe der Honorarsätze sollen Beitragszahlungen für Kranken- und Rentenversicherungen, Verdienstaufschläge im Krankheitsfall, während der Urlaubszeit und im Mutterschutz berücksichtigt werden. Die Höhe der Honorare soll sich am TV-L (Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder) für Lehrer/innen orientieren.

Zudem soll über eine Interessenvertretung der freien Dozentinnen und Dozenten verhandelt werden.

Die SPD Leipzig fordert den Landesvorstand der SPD Sachsen und die Fraktion der SPD im Sächsischen Landtag dazu auf, sich aktiv für die Erhöhung des Etats der Erwachsenen- und Weiterbildung im nächsten Haushalt 2017/18 des Freistaates Sachsen auf mindestens 10 Mio. € jährlich einzusetzen.

## Beschluss zu Antrag A 05

### Stadtbezirksbezogene Regionalisierung der kriminalpräventiven Arbeit

Die SPD-Fraktion im Stadtrat von Leipzig wird aufgefordert, in geeigneter Form politisch initiativ zu werden und auf die Bildung von stadtbezirksbezogen arbeitenden kriminalpräventiven Räten hinzuwirken.

Nach dem Vorbild des Kriminalpräventiven Rats für Leipzig sollen diese im Stadtbezirk die unterschiedlichen Akteure aus Polizei, Verwaltung und Zivilgesellschaft – insbesondere auch die Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte – zusammenbringen und helfen, die konkreten Problemlagen im Bereich „Sicherheit und Ordnung“ vor Ort zielgerichtet zu lösen.

## Antrag A 06

### Lokale Extremismusprävention breit und fundiert aufstellen

Die SPD-Fraktion im Stadtrat von Leipzig wird aufgefordert, in geeigneter Form politisch initiativ zu werden und darauf hinzuwirken, dass die kommunale Beratungsarbeit im Bereich der Extremismus- und Gewaltprävention die bisherige Schwerpunktsetzung zum politischen Extremismus – und hier insbesondere dem Rechtsextremismus – sichtbar erweitert und fundiert um das Spannungsfeld religiös und ethnisch-kulturell motivierten Extremismus ergänzt.

Die Ergebnisse der jüngst durch den Stadtrat beschlossenen Studie zu Gewaltpotenzialen in Leipzig sollten dabei in den politischen Erarbeitungsprozess zu gegebener Zeit einbezogen werden.